

17214/AB
Bundesministerium vom 05.04.2024 zu 17780/J (XXVII. GP)
bmaw.gv.at
Arbeit und Wirtschaft

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.100.015

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)17780/J-NR/2024

Wien, am 5. April 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Gerald Loacker und weitere haben am 05.02.2024 unter der **Nr. 17780/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "**Bürokratieabbauinitiative": Wie viel EU-Hausaufgabe steckt in Nehammers & Kochers Entlastungsversprechen?** gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, dass überbordende Bürokratie und Überregulierung für den Wirtschaftsstandort Österreich und Europa äußerst problematisch sind, da sie für Unternehmen häufig einen wesentlichen Nachteil im globalen Wettbewerb darstellen. Zahlreiche Vorschriften, welche zu Überregulierung führen, gehen inzwischen auf Vorschläge der Europäischen Kommission (EK) zurück. Häufig werden von der EK die diesbezüglichen prozessualen Vorschriften, wie etwa die Erstellung eines gründlichen Impact Assessments, also einer umfassenden Wirkungsfolgenabschätzung, nicht eingehalten.

Die Reduktion von Berichtspflichten und der Abbau von Bürokratie erhält die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen KMU im europäischen und internationalen Umfeld. Regulierungen stellen für KMU eine ungleich höhere Belastung dar und können zu einem erheblichen Zeit- und Kostenfaktor werden. Dies trifft selbst dann zu, wenn es sich um innovative digitale Lösungen bei Regulierungen handelt.

Zu den Fragen 1 und 2

- *KMU-Entlastungspaket der EU-Kommission - Rationalisierung der Berichtspflichten:*
 - *Maßnahmen: Welche Maßnahmen wurden vom BMAW bisher genau gesetzt?*
 - *Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien: Wie viele Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
 - *Abstimmungstreffen mit Stakeholdern: Wie viele Abstimmungstreffen mit Stakeholdern aus der Wirtschaft hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
 - *Österreichs Liste an die EU-Kommission:*
 - *Wurde der EU-Kommission bereits eine Liste an überbordenden Berichtspflichten übermittelt?*
 - *Wenn ja, welche Berichte werden darin aufgeführt und warum? Bitte konkrete Artikel angeben, auf denen die jeweiligen Berichtspflichten beruhen.*
 - *Wenn nein, bis wann ist die Übermittlung vorgesehen?*
 - *Inwiefern wird darin angegeben, welche graduelle Entlastung damit erreicht werden soll?*
 - *Wie wird das konkret berechnet?*
 - *Inwiefern wird das Ziel einer Entlastung um 25% erreicht?*
 - *Wird das Ziel einer Entlastung um ein Drittel angestrebt?*
 - *Liste der EU-Kommission:*
 - *Hat die EU-Kommission eine Liste an überbordenden Berichtspflichten den Mitgliedsstaaten übermittelt oder veröffentlicht?*
 - *Wenn ja, welche Berichte werden darin aufgeführt und warum? Bitte konkrete Artikel angeben, auf denen die jeweiligen Berichtspflichten beruhen.*
 - *Wenn nein, inwiefern hat die EU-Kommission ein Datum festgelegt, bis wann eine solche Liste an die Mitgliedsstaaten übermittelt oder veröffentlicht werden soll?*

- *Inwiefern wird darin angegeben, welche graduelle Entlastung damit erreicht werden soll?*
 - *Wie wird das konkret berechnet?*
- *Liste anderer EU-Mitgliedsstaaten:*
 - *Ist dem BMAW bekannt, ob andere EU-Mitgliedsstaaten eine Liste an überbordenden Berichtspflichten an die EU-Kommission übermittelt haben?*
 - *Wenn ja, welche Berichte werden darin aufgeführt und warum? Bitte konkrete Artikel angeben, auf denen die jeweiligen Berichtspflichten beruhen.*
 - *Wenn nein, inwiefern hat die EU-Kommission ein Datum festgelegt, bis wann eine solche Liste an die Mitgliedsstaaten übermittelt oder veröffentlicht werden soll?*
 - *Inwiefern wird darin angegeben, welche graduelle Entlastung damit erreicht werden soll?*
 - *Wie wird das konkret berechnet?*
- *Ratssitzungen in Brüssel: Wie viele Ratssitzungen in Brüssel hat es bisher dazu gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen?*
- *Zeitplan: Bis wann sollen konkrete Ergebnisse vorgelegt bzw. beschlossen werden?*
- *Österreichplan:*
 - *Bürokratieabbauinitiative zur Reduktion von Berichtspflichten*
 - *Versprechen als Erfüllung von EU-Hausaufgaben: Spricht dieses Versprechen lediglich die EU-Initiative an oder ist damit die Reduktion weiterer Berichtspflichten, die rein auf nationalen Gesetzen beruhen, vorgesehen?*
 - *Nationale Berichtspflichten: Wenn Berichtspflichten, die rein auf nationale Gesetze [sic] beruhen, reduziert werden sollen:*
 - *1. Welche Berichte werden darin aufgeführt und warum? Bitte konkrete Paragrafen angeben, auf denen die jeweiligen Berichtspflichten beruhen.*
 - *2. Inwiefern wird darin angegeben, welche graduelle Entlastung damit erreicht werden soll?*
 - *a. Wie wird das konkret berechnet?*
 - *b. Inwiefern wird das Ziel einer Entlastung von rund 33% erreicht?*

- *Maßnahmen: Welche Maßnahmen wurden vom BMAW bisher genau gesetzt?*
- *Zeitplan: Bis wann sollen konkrete Ergebnisse vorgelegt werden?*
- *Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien: Wie viele Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
- *Abstimmungstreffen mit Stakeholdern: Wie viele Abstimmungstreffen mit Stakeholdern aus der Wirtschaft hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind derzeit für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
- *Abschaffung der schwersten Regulierungssirrtümer*
 - *Maßnahmen: Welche Maßnahmen wurden vom BMAW bisher genau gesetzt?*
 - *Welche Regulierungssirrtümer wurden bereits identifiziert? Bitte konkrete Paragrafen angeben, auf denen die jeweiligen Regulierungssirrtümer beruhen.*
 - *Zeitplan: Bis wann sollen konkrete Ergebnisse vorgelegt werden?*
 - *Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien: Wie viele Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
 - *Abstimmungstreffen mit Stakeholdern: Wie viele Abstimmungstreffen mit Stakeholdern aus der Wirtschaft hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind derzeit für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
- *Konsequente Verhinderung der Übererfüllung europäischer Mindeststandards (Gold Plating)*
 - *Maßnahmen: Welche Maßnahmen wurden vom BMAW bisher genau gesetzt?*
 - *BM a.D. Schramböck hat mehrfach angekündigt, Gesetze nach Gold Plating zu durchsuchen: Inwiefern wurde seit 2017 evaluiert, wo es bei der Umsetzung von EU-Recht zu Gold-Plating gekommen ist?*
 - *Welche konkreten Gold Plating Fälle wurden bisher identifiziert? Bitte konkrete EU-Rechtsakte und nationale Umsetzungsbestimmungen angeben.*

- *Inwiefern sollen die identifizierten Gold Plating Fälle abgeändert werden?*
- *Zeitplan: Bis wann sollen konkrete Ergebnisse vorgelegt werden?*
- *Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien: Wie viele Abstimmungstreffen mit anderen Ministerien hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*
- *Abstimmungstreffen mit Stakeholdern: Wie viele Abstimmungstreffen mit Stakeholdern aus der Wirtschaft hat es dazu bereits gegeben bzw. wie viele sind für 2024 vorgesehen? Bitte Datum und Teilnehmer vorheriger Treffen angeben.*

Die EK hat im Arbeitsprogramm 2024 eine Liste der bereits seit März 2023 angenommenen Vorschläge zur Vereinfachung und Rationalisierung von Berichtspflichten und auch weitere Vorschläge zur Reduktion von Berichtspflichten, die im Wesentlichen für 2024 geplant sind, vorgelegt. Die von der EK bereits angenommenen bzw. vorgeschlagenen Änderungen, die damit eingesparten Kosten und Zeitpläne sind dem [Commission work programme 2024 - European Commission \(europa.eu\)](#) zu entnehmen. Die entsprechenden nationalen Abstimmungen erfolgen, sobald die EK die konkreten Vorschläge vorlegt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft (BMAW) hat eine Stellungnahme zur Initiative der EK "Administrative burden – rationalisation of reporting requirements" abgegeben, die unter [Administrative burden – rationalisation of reporting requirements \(europa.eu\)](#) abrufbar ist. Auf der Webseite sind auch die Stellungnahmen und Vorschläge der Regierungsstellen anderer Mitgliedstaaten und sonstiger Institutionen verfügbar.

Österreich hat im Rahmen des KMU-Botschafter-Netzwerks einen Beitrag zu dem im September 2023 von der EK veröffentlichten "EU KMU-Entlastungspakets" (SME Relief Package) geleistet. In dieser Stellungnahme wurde das KMU-Entlastungspaket explizit begrüßt, weil eine Entlastung der KMU von Verwaltungsaufwand als dringend notwendig eingestuft wurde.

Vorgeschlagen wurden in dieser Stellungnahme unter anderem die effektive Anwendung des Prinzips "One in, one out", mehr Ausnahmen für KMU, die Berücksichtigung des Umstands, dass das Zusammenspiel verschiedener Rechtsakte zu erheblichen Belastungen für KMU führen kann, sowie die Tatsache, dass hohe regulatorische Anforderungen an KMU zu Wettbewerbsnachteilen für diese führen können.

Wie dem Jahresbericht 2023 des KMU-Botschafter-Netzwerks zu entnehmen ist, wurde und wird dem Thema "bessere Rechtsetzung und Reduktion des Verwaltungsaufwands" viel Aufmerksamkeit geschenkt: 55 % der KMU haben laut Flash Eurobarometer 486 rechtliche Hindernisse und Verwaltungsaufwand als die größten Herausforderungen genannt. Das KMU-Entlastungspaket, veröffentlicht am 12. September 2023, soll im Rahmen der Arbeit des KMU-Botschafter-Netzwerks insbesondere in folgenden Bereichen umgesetzt werden:

- Ziel ist die Entwicklung neuer Initiativen, wobei das Netzwerk der EK signalisiert, wie wichtig ein spezieller KMU-Fokus dabei ist. Dies geschieht etwa durch den KMU-Filter.
- Der europäische KMU-Botschafter hat Awareness für KMU-Aspekte im Dialog mit dem Ausschuss für Regulierungskontrolle (Regulatory Scrutiny Board) zu schaffen.
- Zudem haben der europäische KMU-Botschafter und das Netzwerk auf Initiativen und Aktivitäten hinzuweisen, die es zwar schon gibt, bei denen aber Verbesserungspotential besteht. Zu diesem Zweck haben sie eine spezielle Rolle bei der "Fit for Future"-Plattform, welche Meinungen zu bestehenden Rechtsvorschriften abgibt.
- In Ergänzung dazu leistet das Netzwerk auch einen Beitrag zur Arbeit der Taskforce zur Durchsetzung des Binnenmarktes (Single Market Enforcement Task - SMET), wie in der neuen KMU-Strategie vorgesehen.

Zudem wird im Jahresbericht auch angekündigt, dass die KMU-Botschafter im Jahr 2024 die Umsetzung des "EU KMU-Entlastungs-Pakets" gezielt begleiten werden. Die im Rahmen des Pakets angekündigte Bestellung eines EU-KMU-Botschafters ist mittlerweile erfolgt: Die Bestellung von Herrn Markus Pieper wurde am 31. Jänner 2024 bekanntgegeben. Die EK hat damit ein vor längerer Zeit gegebenes Versprechen eingelöst und einen Ansprechpartner für KMU in Brüssel geschaffen. Jährlich finden vier Treffen des KMU-Botschafter-Netzwerks statt, bei denen auch wiederholt das Thema Bürokratieabbau auf der Tagesordnung steht und diskutiert wird.

Im Rahmen eines Meetings der Sherpas, die die nationalen KMU-Botschafter bei deren Arbeit unterstützen, am 27. Oktober 2023 wurde die deutsch-französische Initiative 2023 "Reducing bureaucracy in these unprecedented times – French-German Paper on Better Regulation and Modern Administration in Europe" vorgestellt, in der Vorschläge gemacht und die EK aufgefordert wird, einen ambitionierten Bureaucracy Reduction Action Plan zu erstellen, um den unverhältnismäßigen Verwaltungs- und Regelungsaufwand für die Wirtschaft zu reduzieren.

Im Rat Wettbewerbsfähigkeit wird regelmäßig, zuletzt im Dezember 2023, das Thema "Bürokratieabbau" als eine Maßnahme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums behandelt und diskutiert, wobei sich Österreich aktiv einbringt.

Im Rahmen des europäischen Legislativprozesses setzen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMAW gegen überbordende Bürokratie und (neue) Berichtspflichten ein, immer dann, wenn darin für Unternehmen, vor allem aber KMU, zahlreiche Informationspflichten und Risiken vorgesehen sind, denen nur mit unverhältnismäßig großem Verwaltungsaufwand nachgekommen werden kann.

Obwohl - wie einleitend festgestellt - mittlerweile viele derartige Vorschriften auf EU-Recht zurückzuführen sind, müssen zur Erreichung des Ziels des Abbaus überbordender Bürokratie und der Reduktion von Berichtspflichten auch die nationale Gesetzgebung und eine mögliche Übererfüllung von EU-Vorschriften geprüft werden.

Die Entlastung der Unternehmen von Berichtspflichten auf nationaler Ebene ist dabei ein wichtiges Ziel des Ressorts, das unter Beachtung allfälliger Überschneidungen und Doppelgleisigkeiten hinsichtlich des Prozesses auf europäischer Ebene vorangetrieben wird.

Was die Abschaffung von Regulierungsschwierigkeiten betrifft, so ist diese ebenso Teil der laufenden Tätigkeit des Ressorts wie die Vermeidung von "Gold Plating". Im Rahmen der europäischen und nationalen Legislativprozesse achten die Vertreterinnen und Vertreter des BMAW stets darauf, dass nicht über die notwendige Mindestharmonisierung hinaus nationale Regelungen zu Lasten der österreichischen Unternehmen vorgesehen werden.

Univ.-Prof. Dr. Martin Kocher

Elektronisch gefertigt

